

Greenpeace entlarvt Greenwashing beim FDC

Im Vorfeld der Wahlen fordert die NGO einen nachhaltigen Pensionsfonds

Luxemburg, 4. Oktober 2023 – Greenpeace-Aktivist:innen verwandelten heute Morgen den Sitz des Fonds de Compensation (FDC) in der Avenue de la Porte Neuve in einen Greenwash-Salon. Mit dieser Aktion protestiert die Umweltschutzorganisation gegen das Greenwashing, mit dem der luxemburgische Pensionsfonds von seiner klimaschädigenden und menschenrechtsmissachtenden Investitionspolitik ablenken will. Greenpeace fordert die zukünftige Regierung auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die den FDC verpflichten, im Einklang mit den internationalen Zielen für Klimaschutz, Umweltschutz und für soziale Gerechtigkeit zu investieren.

Greenpeace wirft dem FDC vor, in seiner öffentlichen Kommunikation Greenwashing zu betreiben und zur Täuschung der luxemburgischen Öffentlichkeit beizutragen. Ende 2022 hat der FDC seinen [Sustainable Investor Factsheet](#) veröffentlicht, in dem einige der gängigen Greenwashing-Methoden angewendet werden, darunter das selektive Veröffentlichen (d.h. das Hervorheben positiver Informationen und/oder außer Acht lassen relevanter negativer Informationen) sowie das Verwenden wenig ambitionierter Labels. Zudem sind die Aussagen des FDC über seine ökologische und soziale Nachhaltigkeitsleistung nur schwer überprüfbar oder irreführend.

Greenpeace hat eine Reihe von [Beispielen identifiziert, die das vom FDC praktizierte Greenwashing belegen](#), darunter:

- Um seine klimafreundliche Investitionspolitik zu belegen, zitiert der FDC u.a. seine Investitionen in ein 500 Millionen Euro Paris-konformes Teilportfolio. Demgegenüber **tragen die gesamten Investitionen des FDC (24,6 Milliarden Euro im Jahr 2022) zu einem globalen Temperaturanstieg von 2,7°C bei.** Unter anderem investiert der FDC in 23 der größten Carbon Majors, darunter TotalEnergies, Shell, BP, ExxonMobil, Chevron und RWE.
- Trotz seiner Behauptungen schließt der FDC Unternehmen, die die Grundsätze des Globalen Pakts der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung sowie die OECD- und UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte nicht einhalten, nicht oder nur in geringem Maße von seinen Investitionen aus. Eine [Studie von Greenpeace und ASTM](#) zu den Investitionen des FDC im Jahr 2021 ermittelte **bei 196 Unternehmen 282 Fälle von Verstößen gegen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht.**
- Der FDC hebt die angeblich positiven Auswirkungen seiner grünen Anleihen hervor, die weniger als 2% des gesamten FDC-Portfolios ausmachen. Demgegenüber wurden **die Auswirkungen von 98% der FDC-Investitionen nicht analysiert.** Die Zahlen, die der FDC hinsichtlich der positiven Auswirkungen des Green Bonds-Portfolios angibt, sind nicht überprüfbar, da der FDC seine Berechnungen nicht veröffentlicht.

- Schließlich brüstet sich der FDC mit seinen 700 Hektar PEFC-zertifizierten Wäldern, während er gleichzeitig im Jahr 2022 **seine Investitionen in die weltweit größten Entwaldungstreiber**, darunter JBS, Cargill und Wilmar, von 137 Millionen Euro im Vorjahr auf 143 Millionen Euro **erhöhte**.

Eine [Greenpeace-Analyse](#) kommt zu dem Schluss, dass der FDC im Jahr 2022 mehr als 3 Milliarden Euro in klima- und umweltschädliche Industrien investierte, aber auch in die Atomindustrie sowie in Unternehmen, die die Anforderungen der internationalen Standards zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht einhalten. So investierte der FDC im Jahr 2022 rund 888 Millionen Euro (ein Anstieg um rund 6,6 % im Vergleich zu 2021) in die weltweit klimaschädlichsten Unternehmen im Kohle-, Öl- und Gassektor.

Greenpeace fordert die zukünftige Regierung auf, die Nachhaltigkeit der FDC-Investitionen zu priorisieren. Damit der Pensionsfonds wirklich nachhaltig wird, muss seine Investitionsstrategie erheblich verbessert werden. Greenpeace hält es für dringend notwendig, die gesetzlichen Grundlagen des FDC zu ändern, um ambitionierte Nachhaltigkeitsziele festzulegen und die rechtlich verbindliche Beteiligung der Zivilgesellschaft an nachhaltigkeitsrelevanten Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

"Angesichts von Klima- und Biodiversitätskrise brauchen wir eine deutliche Beschleunigung des Fortschritts durch strukturelle Veränderungen in der gesamten Gesellschaft und der globalen Wirtschaft", erklärt Martina Holbach. "Der FDC muss dabei eine Führungsrolle übernehmen, indem er seine Verantwortung für eine sichere Zukunft übernimmt, anstatt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu finanzieren".